

Man muß mehr als die Thematik kennen

Eine Grundorganisation wertet das 12. Plenum aus

Die Mitgliederversammlung in der LPG Groß Ziethen, Kreis Königs Wusterhausen, die zur Auswertung des 12. Plenums stattfand, begann mit einigen Fragen an die Genossen der Grundorganisation: „Wer kennt die Materialien des 12. Plenums? Wer kennt die programmatische Rede des Genossen Walter Ulbricht, die er anlässlich des 20. Jahrestages der Partei gehalten hat? Wer hat sich bereits eingehend damit beschäftigt?“

Keine Antwort kann mitunter auch eine Antwort sein, insofern, als Schweigen oftmals einer Verneinung gleichkommt. Das war auch hier so. Von einem echten Studium der Dokumente des 12. Plenums und der programmatischen Rede des Genossen Walter Ulbricht durch die Genossen in Groß Ziethen konnte kaum die Rede sein.

Dokumente studieren

Freilich war die Thematik bekannt. Aber allein die Thematik vermittelt noch keine Kenntnis über die Kernfragen, wie sie heute in Deutschland aktuell sind und in den Dokumenten der Partei behandelt und dargelegt werden. Sicher könnte manche Entschuldigung angeführt werden: Die Arbeitsspitze in den Frühjahrsmonaten in der Landwirtschaft, die vielen Materialien und anderes mehr. Und trotzdem: Wenn eine Grundorganisation einen aktiven politischen Meinungsstreit zum Beispiel über die Grundfragen der Nation führen will, dann müssen die Genossen die entsprechenden Dokumente der Partei kennen, dann müssen sie wissen, was die Partei

sagt und welche Orientierung sie in der nationalen Politik gibt.

Die vorangegangene Leitungssitzung hatte bereits die Lage in der Grundorganisation eingeschätzt und speziell darauf hingewiesen, mit einer kritischen Fragestellung an die Genossen zu beginnen, weil damit ein immer wieder anzutreffendes Übel an der Wurzel gepackt wird: Das mangelnde Studium von Parteidokumenten durch einige Genossen. Die Genossen der Leitung hatten, davon ausgehend, auch festgelegt, worauf es in der Mitgliederversammlung ankommen muß: Einmal auf eine gründliche Information über das Plenum, um die Richtung für das Studium zu zeigen, und weiter auf eine lebendige Darlegung, wie gegenwärtig zu diskutieren ist Beides geschah.

Wirkungsvoll war die Verbindung, die sowohl in den einleitenden Ausführungen als auch in der Diskussion zwischen den richtungweisenden Fragen der Parteidokumente und aktuellem Tatsachenmaterial hergestellt wurde. In der programmatischen Rede des Genossen Walter Ulbricht ist* unter anderem ein Abschnitt den notwendigen Änderungen in Westdeutschland gewidmet, die im Interesse einer Annäherung beider deutscher Staaten erforderlich sind. Dazu gehört eine Reform des Parlaments, wie sie von einigen Bundestagsabgeordneten gefordert wird.

Für die Genossen war es interessant und aufschlußreich, in diesem Zusammenhang etwas zur Zusammensetzung des Bonner Bundestages zu erfahren und zu der Politik dieses

Parlaments, die mit auf diese Zusammensetzung zurückzuführen ist.

Operativ diskutieren

Wer gibt im Bonner Bundestag den Ton an? Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder der Banken und Konzerne, Vertreter anderer großkapitalistischer Unternehmen, Beamte und Minister der Monopole, Großgrundbesitzer und Agrarkapitalisten. 459 an der Zahl. Aus den übrigen Schichten der westdeutschen Bevölkerung kommen ganze 37. Die überwiegende Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten repräsentiert also die sogenannte Creme der westdeutschen Gesellschaft, die Millionäre und deren Besitz. Hier drängt sich einfach die Frage auf: In wessen Interesse handeln diese Abgeordneten? Vielleicht im Interesse der Arbeiter oder der Bauernschaft oder der fortschrittlichen Intelligenz? Wenn die Monopole, wenn andere großkapitalistische Unternehmen und die Agrarkapitalisten ihre Vertreter mittels eines antidemokratischen Wahlgesetzes in den Bundestag hinein manipulieren, dann ausschließlich in eigenem Interesse, dann ausschließlich aus dem Grund, daß ihrn Zielen gedient wird.

Diese Ziele und Interessen kennt das deutsche Volk zur Genüge. Worum ging und geht es dem deutschen Imperialismus immer und zu jeder Zeit? Um die Sicherung seines Profits, und dabei ist ihm jedes Mittel recht. Die Notstandsgesetze, die jetzt im Bonner Bundestag durchgesetzt werden sollen, sie gehören zu diesen Mitteln. Sie sollen den Monopolen die Voraussetzun-